



Medienmitteilung

Forderung von über 143'000 Gebührendahlern nicht ernst genommen

In nur 4 Monaten haben über 143'000 Personen die Petition «Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug» unterzeichnet. Dies zeigt, wie unzufrieden die Bevölkerung mit der Billag und dem Angebot der SRG ist. Die vorberatende parlamentarische Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen scheint die Meinung der Gebührendahler nicht zu interessieren: Sie hat in der gestrigen Kommissionssitzung die Petition mit grosser Mehrheit abgewiesen.

Francisca Brechbühler (Initiantin «Bye Bye Billag») und Nationalrätin Natalie Rickli konnten Mitte Mai ihre im Januar initiierte Petition «Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug» als eine der erfolgreichsten Petitionen mit 143'297 Unterschriften einreichen. Die Petition wurde gestern in der parlamentarischen Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen KVF behandelt. Enttäuscht nehmen die Initiantinnen zur Kenntnis, dass die Mehrheit der KVF-Mitglieder die Petition ablehnt. Lediglich bei 7 von 26 Mitgliedern der Kommission fanden die Forderungen der Gebührendahler Gehör.

Mit ihrer Unterschrift verlangten die Unterzeichner:

- Die Radio- und Fernsehgebühren sind auf 200 Franken pro Jahr zu senken. So werden die Gebührendahler entlastet.
- Sämtliche Einsparungen bei der Billag (derzeit 10 Mio. Franken) und nicht ausbezahlte Gebührendahler (derzeit 67 Mio. Franken) sind den Gebührendahlern zurückzuerstatten.
- Das Parlament soll eine Regelung erlassen, dass Personen bzw. Haushalte und Firmen, welche nachweislich weder Radio noch Fernsehen konsumieren, von der Gebühr befreit werden. So werden dem Gebührenwahnsinn Grenzen gesetzt.

Diese Forderungen wurden auch von den Jungparteien von FDP, CVP, SVP, EDU und der LEGA unterstützt. «Wir sind enttäuscht, dass die Mehrheit der KVF die Anliegen von über 143'000 Personen nicht ernst nimmt», äussert sich Natalie Rickli zum Entscheid. Auch Francisca Brechbühler kann den Entscheid nicht verstehen: «Die SRG und die Billag scheinen im Parlament unter Heimatschutz zu stehen. Während die SRG mit Gebührendahler ihr Lobbying wirkungsvoll und prestigeträchtig finanzieren kann, haben die Gebührendahler in Bundesbern keine Lobby.» Mit Gebührendahler für mehrere Tausend Franken wurden Hochglanz-Broschüren gegen die Petition gedruckt und Politiker zu Essen und Veranstaltungen eingeladen und eingeseift. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. „Wir fordern das BAKOM auf, dieses Lobbying mit Gebührendahler unter die Lupe zu nehmen“, so Natalie Rickli.

Zudem fordert das überparteiliche Komitee nun, dass die SRG die Gebührendahler zu einer Diskussionsrunde einlädt: Die Gebührendahler sollen endlich einmal die Möglichkeit erhalten, sich direkt zu äussern. Auch die Parlamentarier und das zuständige BAKOM sollen sich um die Anliegen und Forderungen der Gebührendahler kümmern. Der Nationalrat wird über die Petition in der Herbst-Session abstimmen.

Zollikon, 28. Juni 2011